

+++ EILMELDUNG +++

NRW-Schulministerium: Schule fällt am Donnerstag wegen Unwetterwarnung aus

Region / Sieg & Rhein / Hennef

Verkehr und Wirtschaft in Hennef

Gewerbegebiet Kleinfeldchen lässt weiter auf sich warten

15. Februar 2022 um 18:00 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Der Knotenpunkt am Ausbauende der A 560 in Hennef soll ausgebaut werden. Regelmäßig kommt es zu Rückstau bei den Rechtsabbiegern in Richtung L333. Foto: Ingo Eisner

Hennef. In Hennef mangelt es an Gewerbeflächen. Das Gebiet Kleinfeldchen soll Abhilfe schaffen. Doch dafür muss die Kreuzung am Ende der A560 umgebaut werden. Der Planungsprozess läuft noch, doch die Politik formuliert schon Forderungen für das Gewerbegebiet.

Von Ingo Eisner

Die Erschließung des Gewerbegebiets Kleinfeldchen lässt weiter auf sich warten. Die Stadt Hennef plant seit ein paar Jahren auf einer Fläche von knapp zehn Hektar entlang der B 8 Richtung Uckerath ein Gewerbegebiet. Das soll neben einem Busdepot und Dienstleistungsgewerbe auf 7500 Quadratmetern auch eine neue Rettungswache beheimaten. Eine provisorische Rettungswache existiert dort bereits. Damit das Gewerbegebiet endlich erschlossen werden kann, muss der Knotenpunkt am Ausbauende der A 560, über den laut einem Verkehrsgutachten täglich 42.000 Fahrzeuge rollen, ausgebaut werden. Um Zeit zu gewinnen, haben die Hennefer Stadtbetriebe in enger Absprache mit dem Landesbetrieb dafür die Projektsteuerung und Organisation übernommen und einen Bebauungsplanentwurf entwickelt. Getan hat sich seitdem wenig. So lange ruht aber auch das Verfahren zur Erschließung der Gewerbeflächen.

„Das Projekt läuft derzeit unter Federführung der Stadt Hennef. Die Autobahn GmbH und der Landesbetrieb Straßen NRW sind an dem Vorhaben beteiligt. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist mit einer ersten Entwurfsplanung durch die Stadt gegen Mitte des Jahres zu rechnen“, sagt der Autobahn GmbH-Sprecher Sebastian Bauer auf Anfrage. „Noch laufen die Planungen für den Kreuzungsumbau“, sagt die stellvertretende Hennefer Stadtsprecherin Mira Steffan. „Das Planungsbüro wartet auf das Bodengutachten. Sobald dieses erstellt ist, kann voraussichtlich Ende 2022 die Genehmigungsplanung beim Landesbetrieb eingereicht werden“. Mit dem Umbau der Autobahn könne bei Planungsgenehmigung voraussichtlich Ende 2023 begonnen werden. Mit einer Erschließung des Gewerbegebiets sei aber selbst bei optimistischer Schätzung frühestens 2025/26 zu rechnen.



Wirtschaftsplan

Defizit von 1,1 Millionen Euro für Hennefer Stadtbetriebe

Der Wirtschaftsplan der Hennefer Stadtbetriebe schließt mit einem Defizit ab. Es fehlen vermarktungsfähige Grundstücke.



Veränderungen am Verkehrsknotenpunkt

Ausbau der A560 für neues Gewerbegebiet in Hennef

Die Stadt Hennef plant derzeit mit dem Landesbetrieb Straßen NRW die Veränderungen am Ausbauende der A560. Erst wenn dieser Verkehrsknotenpunkt entzerrt ist, wird das Gewerbegebiet realisiert.

Unterdessen hat sich die Hennefer Politik wieder des Themas angenommen. In einem Antrag für den nächsten Wirtschaftsausschuss fordern die Sozialdemokraten, frühzeitig bei den Planungen die Weichen Richtung Klimaneutralität zu stellen. „Wir wollen Kleinfeldchen zu einem innovativen, nachhaltigen und klimafreundlichen Gewerbepark entwickeln“, sagt die Hennefer SPD-Fraktionschefin Hanna Nora Meyer. Deshalb müsse die Nutzung erneuerbarer Energien, energieeffizientes und ressourcenschonendes Bauen sowie eine Regenwassernutzung etwa nach dem Prinzip der Schwammstadt von Beginn an mitgedacht und möglichst planungsrechtlich verbindlich geregelt werden. Die Verwaltung soll deshalb frühzeitig nachhaltige Kriterien zur gezielten Vergabe von Grundstücken im Gewerbegebiet erarbeiten. Zudem soll die Stadt dem Mangel an Gewerbeflächen entgegen treten. „Flächen werden dringend benötigt. Deshalb sollten wir auch eine Revitalisierung der Nutzung bestehender Flächen ins Auge fassen“, sagt Henning Herchenbach (SPD).

Die FDP kritisiert indes den Vorstoß der SPD. „Jetzt sollen potenzielle Investoren in einer Art Schönheitswettbewerb ihre Nachhaltigkeit, ihre Klimafreundlichkeit, die Nutzung erneuerbarer Energien, das effiziente Bauen bis hin zur Regenwassernutzung nachweisen“, sagt Elmar Böhmer (FDP). Man frage sich nicht nur, wer hierzu objektive Kriterien entwickeln könnte, sondern wer hier dann am Ende über die Zuteilung der Grundstücke entscheide. „Anmaßend wäre es, wenn sich hier Verwaltung oder Rat zur Jury aufspielen würden“, so Böhmer. Politik solle Leitplanken setzen, aber nicht selbst die Fahrzeuge steuern wollen. „Das überlassen wir doch lieber investitionsbereiten Unternehmern. Alles andere wäre Planwirtschaft.“
